

KANTON

SCHUMMLER: Am Flughafen-zoll kommt Wertvolles zuhau auf zum Vorschein **SEITE 23**

REGION

ALTLASTEN: Wo sich früher die Andelfinger Dorfgrube befand, laufen jetzt Analysen **SEITE 20**

REGIONALKULTUR

«DIE KRÖNUNG»: In Aadorf erkor das Publikum die edelste Kleinkunst **SEITE 22**



Ehrlich oder kollegial?

ZÜRICH. Alle Kandidierenden für den Regierungsrat haben den Smartvote-Fragekatalog ausgefüllt – und teils überraschende Antworten gegeben.

PASCAL UNTERNÄHRER

Ob sie lieber mehr, gleich viel oder weniger für bestimmte Bereiche ausgeben möchten, werden die Politiker auf der Internet-Wahlplattform Smartvote gefragt. Eine fiese Frage für die sechs

amtierenden Regierungsmitglieder, da sie ans Kollegialprinzip gebunden sind. Alle haben sich daran gehalten und überall «gleich viel» angekreuzt – auch wenn sie sicher gerne beim einen oder anderen Budgetposten Änderungen anbringen würden. Alle? Nicht ganz. Sicherheitsdirektor Hans Hollenstein (CVP) hat einmal «mehr» angetippt – bei der öffentlichen Sicherheit. Und Regine Aeppli (SP) notierte bei den Anmerkungen, dass die Beträge «vom Regierungsrat beschlossen» wurden, was so viel heisst, dass ihre «gleich

viel»-Antworten getrost überlesen werden können. Bei einzelnen Sachfragen sind die Amtierenden mutiger. Das ist in diesem Rahmen erfrischend, da regierungsrätliche Einheitsantworten nicht viel zum Profil der Einzelnen beitragen würden.

Offensiver Kägi

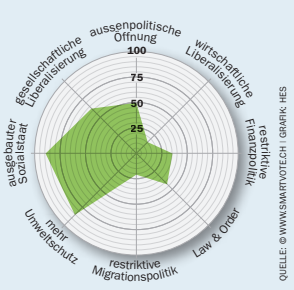
Am offensivsten ist Markus Kägi (SVP). Trotz gegenteiligem Regierungsbeschluss spricht er sich «eher» dafür aus, dass die Städte Zürich und Winterthur weniger aus dem Finanz-

ausgleich erhalten als vom Kantonsrat beschlossen. Klar unterstützt Kägi zudem die Initiative zur Halbierung der Vermögenssteuer, der übrigens auch Thomas Heiniger (FDP) «eher» zustimmt. Interessant ist auch die Konstellation bei der Frage zur Spitzenmedizin. Aeppli, Hollenstein, Kägi und Ernst Stocker (SVP) unterstützen die Konzentration an weniger Standorten, auch wenn Zürich einzelne Operationen verliert. Nur Heiniger und Ursula Gut (FDP) wollen alle Leistungen in Zürich behalten. Einem Atomend-

lager im Weinland stimmen entgegen offiziellen Verlautbarungen ausser Aeppli und Hollenstein alle (eher) zu.

Spezielle Allianzen zeigen sich bei der Mundartinitiative und beim Agrarfreihandel: Hier sind die beiden SVP-Regierungsräte und der Grüne Martin Graf einhellig dafür bzw. dagegen. Und das strenge Zürcher Rauchverbot lehnen Kägi und Stocker ab, während die gesellschaftlich Liberalen Gut, Heiniger, Graf, Mario Fehr (SP) und Maja Ingold (EVP) der vom Volk beschlossenen Regelung zustimmen.

MARTIN GRAF, GRÜNE



tin Graf klar konservativer als die Kandidierenden von FDP sowie SP und gar als EVP-Kandidatin Maja Ingold. Im Vergleich zu seiner Partei zeigen sich nur kleine Unterschiede. So ist er wirtschaftspolitisch weniger liberal und ausserpolitisch weniger offen als der Durchschnitt der Grünen. Migrationspolitisch ist er etwas restriktiver. Noch mehr als die beiden SP-Kandidierenden tritt Martin Graf für einen starken Ausbau des Sozialstaats ein. (pu)

Der Stadtpräsident von Illnau-Effretikon ist im Links-Rechts-Schema der Linkste des diesjährigen Kandidatenfelds. Auf der Achse liberal-konservativ ist Mar-

Welcher Kandidat am besten passt

Neun Kandidierende für die sieben Sitze im Regierungsrat, 1720 Bewerberinnen und Bewerber für die 180 Mandate im Kantonsrat: Da fällt es schwer, jene Politikerinnen und Politiker zu finden, welche die eigene Meinung in den nächsten vier Jahren am besten vertreten werden.

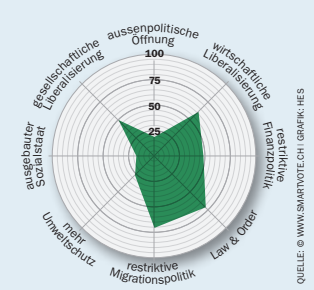
Wer Hilfe sucht, kann sich mit der Internet-Plattform Smartvote (www.landbote.ch/smartvote) eine Wahlempfehlung erstellen lassen. Anhand eines Fragebogens mit 66 Fragen (Kurzversion: 32) wird das eigene politische Profil ermittelt. Dieses wird dann mit den Daten der Politikerinnen und Politiker abgeglichen. Wer sich nicht nur auf Computer und Fragebogen verlassen will, hat heute Abend am grossen «Landbote»-Wahlpodium die Gelegenheit, alle Kandidaten für den Regierungsrat selbst zu sehen. (red)

Regierungsratspodium

Alle Kandidierenden für den Regierungsrat in Winterthur. Moderation: Chefredaktorin Colette Gradwohl. Heute Abend, 19.30 Uhr, Casinotheater Winterthur.

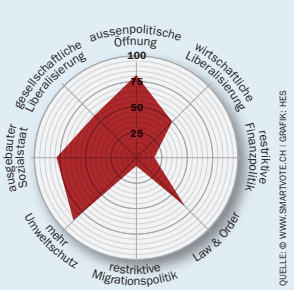
ERNST STOCKER, SVP, BISHER

Der Volkswirtschaftsdirektor aus Wädenswil ist ein typischer SVP-Vertreter, auch wenn er am linken Rand seiner Partei steht, was sich in etwas höheren Werten bezüglich Umweltschutz und leicht weniger Punkten im Bereich Law & Order niederschlägt. Auch ist Ernst Stocker etwas weniger restriktiv in den Bereichen Finanzen und Migranten. Er sagt lieber «eher Ja» und «eher Nein» statt Ja und Nein. So soll die Kapazität des Flughafens «eher» ausgebaut, sol-



len die Sicherheitskosten «eher» nicht den Veranstaltern überwälzt werden und der Kanton «eher» nicht Richtung 2000-Watt-Gesellschaft gehen. (pu)

MARIO FEHR, SP

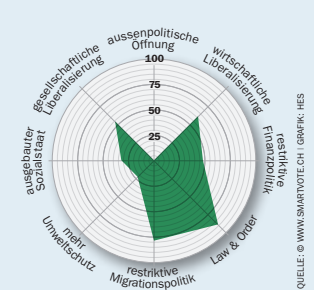


SP. Er ist wirtschaftlich liberaler als die meisten Genossen, und vor allem legt er viel grösseren Wert auf Law & Order. Bei der gesellschaftlichen Liberalisierung geht Mario Fehr weniger weit als das Gros der Partei. Allerdings befürwortet er als einziger der neun Kandidierenden die Abschaffung des ZVV-Nachzuschlags. Fehr ist eher gegen einen gesetzlichen Mindestlohn von 3550 Franken – weil dieser Betrag für den Kanton Zürich zu tief sei. (pu)

Der Adliswiler Nationalrat liegt vor dem Grünen Martin Graf an der Spitze des Umweltschutzratsings. Mario Fehr politisiert am rechten, liberalen Rand der

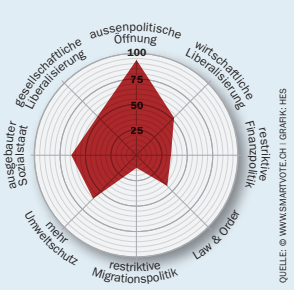
MARKUS KÄGI, SVP, BISHER

Der Baudirektor aus Niederglatt ist auf der Links-Rechts-Skala ganz rechts. Auffallend ist sein kategorisches Nein zur ausserpolitischen Öffnung. Hier überholt Markus Kägi auch seine Partei rechts. Finanzpolitisch ist er allerdings weniger restriktiv, gesellschaftlich liberaler und dem Sozialstaat gegenüber weniger skeptisch eingestellt als das SVP-Gros. Kägi will das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen, um die EU-Einwanderung zu stoppen und lehnt



als einziger Regierungsrat den Innovationspark Dübendorf ab. Klar Nein sagt Kägi zum Rentenalter 67 und nur «eher Nein» zur Einheitskrankenkasse. (pu)

REGINE AEPPLI, SP, BISHER



ge tritt Regine Aeppli eher gegen eine härtere Bestrafung von Sprayern ein und eher für städtische Umweltzonen, in denen nur schadstoffarme Autos verkehren dürfen. Mit ihrem Ja zur Oberlandautobahn, zur Senkung der Prämienverbilligungen und zur Abschaffung des Tieranwalts sowie ihrem «eher Nein» zur Landschaftsinitiative politisiert sie (rechts) ausserhalb der SP, wobei einige der oberen Antworten wohl dem Kollegialprinzip geschuldet sind. (pu)

Die Bildungsdirektorin aus Zürich ist als einzige Kandidierende «eher» für Beitrittsverhandlungen mit der EU in den nächsten fünf Jahren. Ebenfalls als Einzi-

HANS HOLLENSTEIN, CVP, BISHER

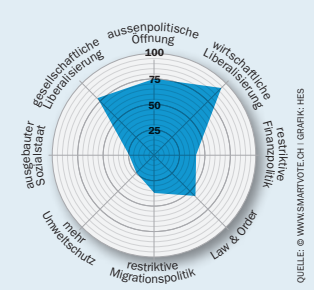


Der Sicherheitsdirektor aus Winterthur ist ein typischer CVP-Vertreter. Er ist im Vergleich zum Parteidurchschnitt allerdings etwas weniger restriktiv bei den Finanzen. Schwerpunkte legt Hans Hollenstein hingegen eher in den Bereichen Law & Order sowie Umweltschutz. So sagt er – im Gegensatz etwa zu SP-Regierungsrätin Regine Aeppli – «eher Ja» zur Landschaftsinitiative. Auch findet Hollenstein, dass sich der Kanton mehr in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft bewegen und «langfristig» den Atomausstieg wagen sollte. (pu)



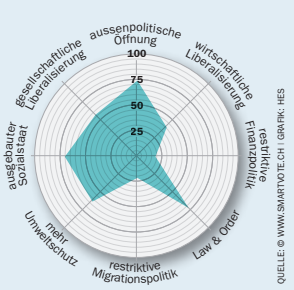
URSULA GUT, FDP, BISHER

Die Finanzdirektorin aus Küssnacht belegt in zwei Ratings den 1. Rang: in jenem der wirtschaftlichen und in jenem der gesellschaftlichen Liberalisierung. Bei letzterem Rating überflügelt Ursula Gut gar ihre Parteikolleginnen und Parteikollegen klar. Ausserpolitisch ist sie etwas offener und in der Migrationspolitik etwas weniger restriktiv als der freisinnige Durchschnitt. Gut lehnt die Initiative zur Halbierung der Vermögenssteuer ab und sagt «eher



Ja» zu einem Rentenalter für Mann und Frau bei 67 Jahren. Punkt Umweltschutz und Sozialstaat belegt sie jeweils den zweitletzten Rang. (pu)

MAJA INGOLD, EVP

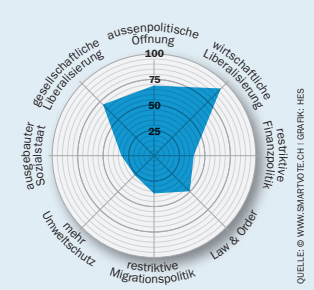


Schema sowie auf der Konservativ-Liberal-Achse ist Maja Ingold knapp rechts von SP-Regierungsrätin Regine Aeppli positioniert. Ingold sagt Ja zu höheren Studiengebühren und zu einem Atomendlager im Weinland sowie «eher Ja» zu einem Rentenalter 67. Nein sagt sie hingegen zur Stopp-Suizidhilfe-Initiative und tritt – neben SVP-Regierungsrat Markus Kägi als Einzige – klar für eine Überwälzung der Sicherheitskosten auf Veranstalter (Sport, 1. Mai) ein. (pu)

Die ehemalige Winterthurer Stadträtin und heutige Nationalrätin politisiert am linken und gesellschaftlich liberalen Rand ihrer Partei. Im Links-Rechts-

THOMAS HEINIGER, FDP, BISHER

Die Smartspider des Gesundheitsdirektors aus Adliswil ist fast identisch mit jener von Parteikollegin Ursula Gut. Auch Thomas Heiniger bewegt sich in der wirtschaftspolitisch und gesellschaftlich liberalen Ecke seiner Partei. Etwas weniger restriktiv ist er in der Migrations- und in der Finanzpolitik. Heiniger sagt – im Unterschied etwa zu SP-Regierungsrätin Regine Aeppli – «eher Nein» zur Abschaffung des Tieranwalts. Das mag damit zusammenhängen,



dass der Tieranwalt in seiner Direktion angesiedelt war. «Eher Ja» sagt er hingegen zur halbierten Vermögenssteuer – im Gegensatz zum Regierungsrat. (pu)